

Pressemitteilung

Marktheidenfeld,
20.07.2020

Solarfelder sinnvoller als Maislandschaften

Umwidmung von Ackerflächen soll aber an strikte Auflagen gebunden sein

Karlstadt/Marktheidenfeld. In der Diskussion um Freiflächen-Photovoltaik im Landkreis Main-Spessart hält die Kreisgruppe des BUND Naturschutz (BN) einen forcierten Ausbau der Freiland-Photovoltaik künftig für notwendig. Bei der Einrichtung von Solarfeldern auf Ackerland will der Verband aber die Genehmigung an einen Katalog von Auflagen gebunden wissen. Als Ausgleich für den Wegfall von Ackerflächen sollen anstelle von Energiepflanzen wieder Nahrungsmittel angebaut werden.

Grundsätzlich ist für den BN der Ausbau der Photovoltaik auf Gebäudedächern und versiegelten Flächen vorrangig. Die dafür nach realistischer Schätzung verfügbaren Flächen reichten jedoch nicht aus, um die Klimaziele von Paris zu erreichen, so der Vorsitzende Erwin Scheiner. Für PV-Anlagen auf Agrarflächen fordern die Naturschützer allerdings strikte Auflagen: So müsste unter den Solarmodulen weiterhin eine extensive Bewirtschaftung, vorzugsweise eine Beweidung, möglich sein. Die Flächen dürften nicht versiegelt und der Einsatz von Herbiziden und bienengefährlichen Herbiziden müsste untersagt werden. Umzäunungen müssten für Kleintiere passierbar sein und Blendeffekte durch eine angepasste Ausrichtung der Module oder eine Antireflexbeschichtung vermieden werden.

Eine PV-Anlage in Kombination mit Grünland ist für den Bund Naturschutz ökologisch deutlich höher zu bewerten als intensiv bewirtschaftetes Ackerland. Dagegen halten die Naturschützer den Anbau nachwachsender Rohstoffe für die Energieerzeugung, der zur Zeit ca. 15% der Ackerfläche in Bayern beansprucht, für ökologisch äußerst fragwürdig. Mit Energiepflanzen könnte auf der gleichen Fläche bestenfalls 1/40 der elektrischen Energie erzeugt werden wie mit einer Photovoltaik-Anlage. Zudem würden Nitrate und Pestizide in die Böden eingetragen und das Klima würde nicht entlastet. Die Naturschützer fordern deshalb, die Flächen, auf denen nachwachsende Rohstoffe angebaut werden, zugunsten von Nahrungsmitteln und einem kleinen Anteil von Solarflächen zu reduzieren. Biogasanlagen sollten ausschließlich pflanzliche und tierische Abfälle, allenfalls noch Grünschnitt, z.B. aus der Landschaftspflege, verarbeiten.

Unabhängig davon erwarten die Naturschützer eine deutlich ambitioniertere Förderung von privaten Solaranlagen. So sollten auch Anlagen mit weniger als 5 kWp Leistung Fördergelder aus Kreismitteln erhalten und den Besitzern sollten über die Kommunalunternehmen Speicherkapazitäten für überschüssigen So-

PM der BN Kreisgruppe
Main-Spessart

Südring 2
97828 Marktheidenfeld
Tel.: 09391-8892
Email: bn-msp@t-online.de

www.main-spessart.bund-naturschutz.de

Wir sind ausgezeichnet mit
dem Qualitätssiegel
Umweltbildung.Bayern



**Unser Umweltbil-
dungsprojekt 2020**

Artenvielfalt (er)leben



Sparkasse
Mainfranken-Würzburg
IBAN
DE 78 7905 0000 0240 4428 22
BIC
BYLADEM1SWU

larstrom bereitgestellt werden, auf die sie in sonnenarmen Zeiten zugreifen könnten. Neue Gewerbegebiete sollten verpflichtend mit PV Anlagen auf den Dachflächen ausgestattet werden.

Eine Land- und Energiewirtschaft könne sich nur dann als nachhaltig bezeichnen, wenn sie für den Klimaschutz und die Biodiversität deutliche Vorteile bringe. Besonderes Gewicht hätten dabei aber die Energieeffizienz und die Umweltverträglichkeit der eingesetzten Techniken - und hier seien Windkraft und Photovoltaik den nachwachsenden Rohstoffen um ein Vielfaches überlegen.